

Studierendenschaft der Universität Hamburg

Vorlage 2425/126

- Studierendenparlament -

Wahlperiode 2024/2025

15. Mai 2025

Änderungsantrag zur Vorlage 2425/124

der Liste Internationaler Jugendverein (IJV)

Engere Verzahnung von Urnen- und Briefwahl ermöglichen

Sachverhalt:

Das Studierendenparlament möge beschließen:

Das Petition des Ursprungsantrages wird wie folgt ersetzt:

„Das Studierendenparlament der Universität Hamburg stellt sich sowohl gegen den Koalitionsvertrag auf Bundesebene als auch gegen den des rot-grünen Senats, die keine ausreichende Verbesserung der Lage der Studierenden mit sich bringen werden. Das Studierendenparlament wird sich weiter für Ausfinanzierung der Universität und des Studierendenwerks sowie Wissenschafts- und Meinungsfreiheit einsetzen!“

Begründung:

Beim Durchschauen der Koalitionsverträge wird ersichtlich, dass diese keine Politik im Interesse von uns Studierenden vorsehen. Im bundesweiten Koalitionsvertrag „Verantwortung für Deutschland“ der Parteien CDU/CSU und SPD gibt es einige Stellen, die uns Studierende, unsere Hochschulen und die Wissenschaft betreffen. Vieles klingt beim ersten Lesen auch erst einmal positiv. „WG-Garantie“ für Studierende und Modernisierung des BAföG werden versprochen. Die Wohnungsfrage soll gelöst werden, indem „Belegungsankauf“ für Studierende und Azubis ermöglicht wird. Das bedeutet, dass der Staat Vermietern vorschreibt, an wen bevorzugt vermietet werden soll. Anstatt also mehr Wohnraum zu schaffen oder den bestehenden zu verbilligen, indem große Wohnungskonzerne endlich enteignet werden, sollen Studierende gegenüber anderen Menschen bevorzugt werden, also Vorteil in der Konkurrenz statt Wohnraum für alle! Für Nicht-Studierende dürfte es somit noch schwerer werden eine Wohnung zu finden. Beim BAföG soll die Wohnkostenpauschale einmalig auf 440€ erhöht werden. Als wäre es vollkommen offensichtlich, dass dies zumindest in Hamburg immer noch nicht reicht, um sich ein WG-Zimmer zu finanzieren, wird diese Erhöhung danach Jahr für Jahr neu geprüft. Der Grundbedarf soll erst in zwei Jahren erhöht werden, als gäbe es bis dahin keine Inflation mehr. So positiv diese Versprechungen also auch verpackt sind, am Ende wird wenig bis gar nichts für uns dabei rumkommen bzw. je nachdem wie hoch die nächste BAföG-Erhöhung ausfällt, kann es sein, dass wir sogar real Verluste erleiden von den großen Versprechen. Dazu kommt auch noch: Kein einziges dieser Versprechen muss umgesetzt werden. Im Koalitionsvertrag steht dazu extra der Satz „Alle Maßnahmen des Koalitionsvertrages stehen unter Finanzierungsvorbehalt.“ Wenn man sich die Prioritäten der

Politik aktuell so anschaut, kann man also schon jetzt davon ausgehen, dass auch nur die kleinste BAföG-Erhöhung dann doch den steigenden Militärausgaben und Konzernsubventionen zum Opfer fallen könnte.

Zivile Forschung und Wissenschaftsfreiheit werden im Koalitionsvertrag sogar offen angegangen. So wird an gleich zwei Stellen betont, dass man sich für sogenannte „Dual-Use-Forschung“ einsetzen wird. Das heißt, Forschung zu „zivilmilitärischen“ Zwecken. An unserer Hochschule gilt aktuell die Zivilklausel, welche militärische Forschung untersagt, dies muss erhalten bleiben und darf keineswegs von diesem Koalitionsvertrag angegriffen werden. Außerdem soll die „Kooperation von Hochschulen und außeruniversitärer Forschung mit Bundeswehr und Unternehmen“ gezielter ermöglicht werden. Auch hier gilt: Forschung für den Krieg statt für uns. Weiterhin wird betont, dass jedes Forschungsprojekt, welches antisemitisch sei oder das Existenzrecht Israels angreift, keine finanzielle Förderung mehr erhält. Zwar ist Antisemitismus selbstverständlich zu verurteilen und nicht förderungsfähig, allerdings sehen wir trotzdem die Gefahr, dass durch solch eine Stoßrichtung auch Projekte,

die sich kritisch gegenüber der israelischen Regierung positionieren, angegriffen werden. Solch ein Angriff auf die Wissenschaftsfreiheit ist spätestens seitdem Namen von kritischen Professoren systematisch vom Bildungsministerium gesammelt wurden keine Mutmaßung mehr, sondern könnte bald bittere Realität sein.

In Hamburg wurde beim Schreiben des Koalitionsvertrages noch mehr darauf geachtet, dass alle Vorhaben so fortschrittlich wie möglich klingen. Konkret wird bspw. zum Studierendenwerk folgendes gesagt: „Das Studierendenwerk ist sozialer Dreh- und Angelpunkt für unsere Hochschulen und ihre Studierenden. Mit der signifikanten Erhöhung des Zuschusses an das Studierendenwerks 2024 ist ein wichtiger Schritt gemacht. Wir brauchen ein zukunftsfähig aufgestelltes Studierendenwerk, um dauerhaft günstige gastronomische Versorgung in den Mensen, umfassende Beratung und noch mehr Wohnraum zu bieten.“ Das mit der „signifikanten Erhöhung des Zuschusses“ das Defizit des Studierendenwerkes keinesfalls ausgeglichen wurde und wir seitdem Kostensteigerungen in Mensen und Wohnheimen ertragen müssen, bleibt natürlich verschwiegen. Um „noch mehr Wohnraum zu bieten“ (aktuell leben nicht einmal 10% der Hamburger Studierenden in einem Wohnheim) wird sich vorgenommen, bis 2030 „mindestens 3.000 Plätze“ zu schaffen. Diese sollen nicht nur vom Studierendenwerk gebaut werden, sondern auch mit „anderen Akteur*innen“ entstehen. Das heißt privaten Investoren. Wie hoch in diesen privaten Wohnheimen irgendwann einmal die Mieten sind und ob diese überhaupt bezahlbarer sein werden, als auf dem restlichen Wohnungsmarkt ist vollkommen unklar. So oder so werden 3.000 Plätze bis 2030 nur einen Tropfen auf den heißen Stein für uns alle sein.

In Hamburg und auch bundesweit zeigt sich, in den Koalitionsverträgen findet sich für uns außer schönen Worten reichlich wenig und ob die einigen wenigen angekündigten Minimalverbesserungen überhaupt erst umgesetzt werden, ist auch vollkommen offen. Die Priorität von Staat und Land liegen nicht bei uns, sondern vor allem bei der Aufrüstung der Bundeswehr und der Militarisierung des Hamburger Hafens. Um diese Militarisierung in der gesamten Gesellschaft voranzutreiben, soll sie auch vermehrt an unseren Hochschulen stattfinden. Anstatt von Forschung für den Krieg und tollen Jobangeboten der Bundeswehr brauchen wir eine Bildung, die für alle zugänglich und finanzierbar ist und das Studieren nicht länger arm sein bedeutet. Eine solche Perspektive bieten die Koalitionsverträge nicht – ganz im Gegenteil.